

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Rudi Anschober

27. Juni 2016

zum Thema

**"Flüchtlinge/ Masterplan Integration am Arbeitsmarkt:
So gelingt die Integration durch Arbeit bisher und das
braucht es zusätzlich & Praxistest mit Asylwerber/innen"**

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

"Flüchtlinge / Masterplan Integration am Arbeitsmarkt: So gelingt die Integration durch Arbeit bisher und das braucht es zusätzlich & Praxistest mit Asylwerber/innen"

Das Integrationsressort in Oberösterreich arbeitet mit voller Konzentration am Ausbau der notwendigen Integrationsmaßnahmen für Asylwerber und Asylberechtigte und legt nun für den Bereich Arbeitsmarkt-Integration ein Maßnahmenpaket vor. Nach dem ersten kleinen Integrationspaket der Bundesregierung von letzter Woche müssen zur erfolgreichen Arbeitsmarktintegration weitere Initiativen von der Bundesregierung umgesetzt werden, aber auch in Oberösterreich ist einiges zu tun. Denn gerade durch den Kahlschlag bei der Mindestsicherung wurde die Integration massiv erschwert. Auch hier will Anschober gegensteuern. Anschober: "Statt jahrelange erzwungene Untätigkeit sollen Flüchtlinge ihre Qualifikationen in ihrer neuen Heimat rascher einbringen können. Und rasch nachqualifiziert werden, gerade in Bereichen, die für unseren Arbeitsmarkt besonders interessant sind (z. B. werden OÖ bis 2020 rund 20.000 Facharbeiter/innen fehlen). Bei guter politischer Steuerung ist es möglich, die Arbeitsmarktintegration rasch zu starten, ohne zusätzliche Probleme für den oö. Arbeitsmarkt auszulösen."

1. Phase: Von Tag 1 bis 6. Monat Aufenthalt in OÖ:

Deutschkurse.

Oberösterreich setzt dies mittlerweile flächendeckend um. Aktuell laufen Kursangebote vom Land finanziert für 3.500 betroffene Asylwerber/innen. Auch die Deutschausbildung durch die Freiwilligen Helfer/innen hat in dieser Phase ihren Schwerpunkt. Um diese zu unterstützen, hat das Integrationsressort einen Prüfungspool

gestartet, aus dem die Prüfungsgebühren finanziert werden. Ab 1. September wird bis Ende 2017 ein weiterer Kursschwerpunkt für diese Zielgruppe finanziert mit dem Ziel eines flächendeckenden Angebotes. Die Finanzierung dessen erfolgt durch Bund und Land gemeinsam.

Forderung an die Bundesregierung: von besonderer Bedeutung ist hier die Sicherstellung der Anschlussfähigkeit der Angebote von BMI (Asylwerber/innen) und BMEIA (Asylberechtigte), um die sprachliche Integration zu beschleunigen, sowie die Sicherstellung von Spezialqualifikationen in Berufen mit Sonderbedarfen.

Wichtige Forderung an die Bundesregierung: rasche Kompetenzüberprüfung - bereits Erhebung der mitgebrachten Qualifikation im Rahmend des Erstinterviews im Asylverfahren, somit wären die Qualifikationen schnell bekannt und damit allfällige Nachqualifikationen auch rasch umsetzbar und die Arbeitskräfte stünden dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

2. Phase: Qualifizierung, rasche Nostrifizierung und erste Jobs

Forderung an die Bundesregierung: Gemeinnützige Arbeit massiv ausbauen – aktuelles Integrationspaket der Bundesregierung ist nur ein kleiner erster Schritt.

Derzeit sind in Oberösterreich rund 300 Asylwerber/innen fallweise in gemeinnützigen Tätigkeiten in den Gemeinden aktiv. Dazu zählen etwa Betreuung von Park- und Sportanlagen oder Unterstützung in der Administration. Die Arbeit ist insofern begrenzt, als dabei maximal 110 Euro Anerkennungsbetrag pro Monat ausbezahlt werden dürfen und die Tätigkeit nur anlassbezogen ausgeübt werden kann (etwa 3 Wochen).

Die Bundesregierung plant nunmehr Forderungen auch von Integrations-Landesrat Rudi Anschober umzusetzen und eine Öffnung und Erweiterung dieser Tätigkeiten. Das ist gut, aber viel zu wenig. Es muss auch für im Integrationsbereich tätige Vereine und NGOs die Möglichkeit geben, gemeinnützige Arbeit anzubieten. Damit würde viel mehr Schutzsuchenden als derzeit Beschäftigung, Kennenlernen des heimischen Arbeitsmarktes und Miteinanders und vor allem eine sinnstiftende Tagesstruktur geboten. Schon jetzt leisten Asylwerber/innen alleine in den Grundversorgungsquartieren der Caritas anerkannte Remunerationstätigkeiten im Ausmaß von etwa 2.300 Stunden monatlich. Eine Öffnung der Tätigkeiten innerhalb der unterkunftgebenden Trägerorganisationen würde eine erhebliche Beschäftigungsmöglichkeit darstellen.

Forderung an die Bundesregierung: Völlige Legalisierung braucht es bei allen zeitbefristeten und den Sozialbedingungen entsprechenden Praktika und Schnuppertagen.

Forderung an die Bundesregierung: Kontrollierte und gesteuerte Öffnung des Arbeitsmarktes ab dem 6. Monat in allen Bereichen von Mangelberufen. Derzeit warten nach Auskunft des AMS in OÖ im Bereich Fachkräfte-Mangelberufe knapp 600 Stellen auf eine/n Bewerber/in, etwa in den Sparten Dreher/in, Maschinenbau- oder Starkstrom-Techniker/in oder Krankenpfleger/in. Im Lehrlingsbereich, der in Mangelberufen für junge Asylwerber/innen schon geöffnet ist, arbeiten derzeit schon 82 Jugendliche in OÖ, weitere 370 Lehrstellen in Mangelberufen, v.a. in der Gastronomie würden freistehen.

Integrations-Landesrat Rudi Anschober konnte sich von den teilweise hohen Qualifikationen der Asylwerber/innen im Quartier in Ottensheim aktuell ein Bild machen. So wohnen in Ottensheim sechs Asylwerber/innen, die in ihrer Heimat im Verkauf tätig waren, je fünf

Mechaniker und Schneider, je vier Arbeitskräfte aus Landwirtschaft und Gastro – und neben einigen anderen Professionen auch 13 Schüler/innen und Studierende, v. a. aus den Bereichen IT, Maschinenbau und Recht.

Heute hat Salam Sabri, gelernter Frisör, dem Landesrat die Haare geschnitten. Herr Sabri ist seit fast einem Jahr im Verfahren und seine Qualifikationen können seither nicht genutzt werden. Gleiches gilt für Herrn Kamran-Ali Hussaini, einen pakistanischen Schneider, der dem Landesrat ein selbstgeschneidertes Hemd überreicht hat

Forderung an Bund und Land: Gut Qualifizierte nicht aus Oberösterreich vertreiben - zumindest einen Teil der dramatisch negativen Auswirkungen des Kahlschlags bei der Mindestsicherung zumindest in einigen für die Integration besonders dramatischen Bereichen verringern.

- Wir dürfen nicht zulassen, dass die Ausbildungswilligen durch den Kahlschlag bei der Mindestsicherung nun OÖ verlassen oder deren begonnenen Ausbildungen verlassen, weil deren Existenz durch die Kürzung der BMS nicht mehr gesichert ist.

Strategie für die Integration besonders gut Qualifizierter:

Um diese Brain-Power bei Ärzt/innen, Techniker/innen u. a. m. in unserem Land zu halten und für unsere Wirtschaft nutzbar zu machen, bedarf es einer deutlichen Beschleunigung bei den Anerkennungsverfahren und der Schaffung eines Fördertopfs zur Ermöglichung der Finanzierung dieser Verfahren, bzw. dem Auflegen von maßgeschneiderten geförderten Krediten mit zeitverzögerter Rückzahlung hierzu, wie es dies auch bei Bildungsmaßnahmen für Österreicher/innen gibt. Weiters braucht es eine breite Offensive, um dem Verlernen bestehender Kenntnisse zu begegnen – so ist es

etwa für Ärzt/innen im Asylverfahren notwendig, teilhaben zu können am medizinischen Betrieb, um so die Abläufe in Österreich kennen zu lernen und auch die Begrifflichkeiten der Fachsprache zu erlernen.

Yusuf M. war in Afghanistan als praktizierender Arzt tätig. In Österreich wurde sein Asylantrag positiv entschieden. Nun dauert es allerdings bis zu zwei Jahre, bis Herr M. das aufwändige Nostrifikationsverfahren abschließen kann. Die Kosten für die Nostrifikation (Übersetzung der Unterlagen, Antragsstellung, etc.) belaufen sich auf ca. € 2.500 – wobei hier die Lebenshaltungskosten noch nicht gedeckt sind – und müssen von Yusuf selbst getragen werden.

Latifa S. ist biomedizinische Analytikerin und übte in ihrem Herkunftsland Syrien ihre Tätigkeit viele Jahre mit Begeisterung aus. Um in Österreich als biomedizinische Laborassistentin anerkannt zu sein, muss Latifa Kosten bis zu € 2.200 aufbringen. Mit der Kürzung der BMS ist fraglich, wie Frau S. diese – sowie ihre Lebenshaltungskosten – decken kann.

Dies sind nur zwei Beispiele von vielen, die zeigen, welche Hürden unsere qualifizierten neuen Mitbewohner/innen überwinden müssen, um sich in Österreich mit ihrer Expertise einbringen zu können.

Forderung an Bund und Land: Hier braucht es einen Finanzierungstopf, um den Hochqualifizierten zu ermöglichen, trotz Kahlschlag bei der BMS die Nostrifizierungsverfahren rasch abzuschließen, wie auch eine Beschleunigung der Verfahren selbst.

→ Unterstützung bei der Selbstständigkeit:

Mitte September 2016 starten Information und allfällige Vorbereitung für einen späteren Einstieg ins AMS-Gründer/innen-Programm, speziell für Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte. Unter dem Titel "heute Flüchtling – morgen Gründer/in" wird das AMS dann Training und Coaching für Menschen mit höherem Bildungsabschluss oder unternehmerischer Vorerfahrung und fortgeschrittenen Deutschkenntnissen anbieten. Hierbei werden Vorträge, Workshops und Einzelgespräche angeboten, über rechtliche Voraussetzungen einer Unternehmensgründung in Österreich, über den Markt und fachliche Kompetenzen, aber auch schon konkret zu Finanzierung oder Zielgruppen informiert. Nach einem erfolgreichen Abschlusstest steht der Weg frei für das allgemeine AMS-Unternehmensgründungsprogramm.

3. Hürden abbauen auf dem Weg zu Arbeit für Flüchtlinge

Derzeit bereitet vielen Asylwerber/innen die Finanzierung der Zufahrt zum Deutschkurs und zur Qualifikation bzw. zur Lehrstelle u. a. m. große Probleme. Nach Erhebungen des Integrationsressorts fallen derzeit im Durchschnitt Fahrtkosten vom dezentralen Quartier zum Qualifizierungsort von rund 100 Euro pro Monat an.

Hier fordert Anschober eine Gleichstellung der Asylwerber/innen mit Österreicher/innen - in dem etwa das Jugendticket oder Lehrlingsticket auch für Asylwerber/innen geöffnet wird. Ansonsten funktioniert Integration nicht.

Durch die sehr dezentrale Quartiersstruktur entstehen höhere Fahrtkosten zu den Stätten der Qualifizierung, zum Deutschkurs oder zum Lehrplatz als bei zentralen Großquartieren. Durch den Kahlschlag bei der BMS droht dies nun für viele unfinanzierbar zu werden. Es braucht daher hier Maßnahmen, um Mobilität zu ermöglichen, eine Gleichstellung durch die Ermöglichung des

Zugangs zu den aktuellen vergünstigten Tickets wie Jugendticket oder Lehrlingsticket wäre ein guter erster Schritt, zusätzlich bedarf es für jene, die hier keinen Zugang haben, einen Mobilitätsfonds.

Integrations-Landesrat Anschober will in den nächsten Wochen erreichen, dass aus dem positiven ersten kleinen Integrationspaket des Bundes ein großes Paket Arbeitsmarktintegration durch Bund und Land verwirklicht wird. Schon kommenden Montag wird Anschober dazu eine Initiative in der Landesregierung starten.

Zusammengefasst lauten daher Forderungen an den Bund:

Deutsch lernen: Sicherstellung der Anschlussfähigkeit der Angebote von BMI (Asylwerber/innen) und BMEIA (Asylberechtigte), um die sprachliche Integration zu beschleunigen. Hierfür bedarf es hoher sprachlicher Qualifikationen, welche insgesamt jedenfalls das Niveau B1/2 zu erreichen haben, um eine entsprechende Integration (am Arbeitsmarkt) sicherzustellen. Angebot für sprachliche Sondererfordernisse (bspw. Arztberuf).

Qualifikationscheck: Erhebung der mitgebrachten Qualifikation im Rahmen des Erstinterviews im Asylverfahren, somit wären die Qualifikationen schnell bekannt und damit allfällige Nachqualifikationen auch rasch umsetzbar und die Arbeitskräfte stünden dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Gemeinnützige Arbeit massiv ausbauen: Neben der durch die Bundesregierung geplanten Öffnung und Erweiterung dieser Remunerationstätigkeiten, müssen hiervon auch Vereine und NGOs, die im Integrationsbereich tätig sind, umfasst werden. Diesen muss die Möglichkeit gegeben werden, gemeinnützige Arbeit anzubieten.

Damit würde viel mehr Schutzsuchenden als derzeit Beschäftigung, Kennenlernen des heimischen Arbeitsmarktes und Miteinanders und vor allem eine sinnstiftende Tagesstruktur geboten.

Arbeitstrainings und Schnuppertage ermöglichen: Um Unternehmen die rechtlich abgesicherte Möglichkeit des Kennenlernens, etwa potentieller neuer Lehrlinge, zu geben, bedarf es einer völligen Legalisierung aller zeitbefristeten und den Sozialbedingungen entsprechenden Praktika, Arbeitstrainings und Schnuppertage.

Kontrollierte und gesteuerte Öffnung des Arbeitsmarktes ab dem 6. Monat in allen Bereichen von Mangelberufen - dem Fachkräftemangel offensiv begegnen: Derzeit warten nach Auskunft des AMS in OÖ im Bereich Fachkräfte-Mangelberufe knapp 600 Stellen auf eine/n Bewerber/in, etwa in den Spaten Dreher/in, Maschinenbau- oder Starkstrom-Techniker/in oder Krankenpfleger/in. Im Lehrlingsbereich, der in Mangelberufen für junge Asylwerber/innen schon geöffnet ist, arbeiten derzeit schon 82 Jugendliche in OÖ, weitere 370 Lehrstellen in Mangelberufen, v.a. in der Gastronomie, würden freistehen.

Nostrifizierungen beschleunigen: Es bedarf es einer deutlichen Beschleunigung bei den Anerkennungsverfahren, um die hochqualifizierten Schlüsselarbeitskräfte unter den Asylwerber/innen möglichst rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Um das Kennenlernen des facheinschlägigen österreichischen Arbeitsmarktes, wie auch der Begrifflichkeiten der Fachsprache zu gewährleisten, bedarf es auch hierfür die Legalisierung von Arbeitstrainings u. a. m.

Gleiche Chancen für junge Menschen: Um jungen Menschen unabhängig von deren Herkunft in Österreich eine Perspektive zu bieten, bedarf es der Aufnahme jugendlicher Asylwerber/innen in den Leistungskatalog des Familienlastenausgleichsfonds. Ebenso sind die Leistungen des AMS u. a. m. für Lehrlinge und Lehrbetriebe auf Asylwerber/innen in Lehrverhältnissen auszuweiten - etwa Einstellungsförderungen für benachteiligte Jugendliche, verlängerte Lehrzeit und Arbeitsassistenz und die Förderungen über das Sozialministerium Service (SMS).

Forderungen an die Landesregierung:

- **Mobilitätspaket:** Schaffung gleicher Zugangsmöglichkeit zu Jugenticket und Lehrlingsticket für Asylwerber/innen und Asylberechtigte, Ermöglichung eines leistbaren Erreichens von Qualifizierung, Deutschkurs und Lehrstelle auch nach dem Kahlschlag der BMS
- **Qualifizierungspaket:** Gesamtpaket des Landes, um die mitgebrachten Qualifizierungen bestmöglich für den oö. Arbeitsmarkt zu nützen, ohne die bestehenden Probleme am Arbeitsmarkt zu verstärken